

Leben in Nürnberg 2017

02.10.2018 | S261

Nürnberger Nichtwähler und ihre Gründe

Analysen zur Bundestagswahl 2017

343 838 Nürnberger Bürgerinnen und Bürger waren am 24. September 2017 aufgerufen, an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilzunehmen. Voraussetzungen für die Wahlberechtigung waren neben der Volljährigkeit und der deutschen Staatsangehörigkeit, dass sie seit mindestens drei Monaten in der Bundesrepublik Deutschland eine Wohnung hatten bzw. sich dort gewöhnlich aufhielten. 74,2 Prozent der Wahlberechtigten in Nürnberg haben die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme genutzt und sind zur Wahlurne gegangen oder haben ihre Stimme per Briefwahl abgegeben.

Neben dem Stimmenanteil, den ihre Partei erringen konnte, ist es für die Politikerinnen und Politiker auch interessant zu wissen, welche Bevölkerungsgruppen besonders häufig keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen und welches die Gründe hierfür sind. Dies kann Hinweise darauf geben, wie Nichtwählerinnen und Nichtwähler motiviert werden können, künftig (wieder) zur Wahl zu gehen. Deshalb hat das Amt für Stadtforschung und Statistik in der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2015 auch Fragen nach dem Wahlverhalten der Nürnberger Bürgerinnen und Bürger gestellt. Ausführliche Informationen hierzu und Ergebnisse zur Kommunalwahl 2014 enthält der Sonderbericht S251 „Wählen oder Nichtwählen - das ist die Frage. Wahlbeteiligung und Nichtwählerschaft bei den Kommunalwahlen 2014 in Nürnberg“.

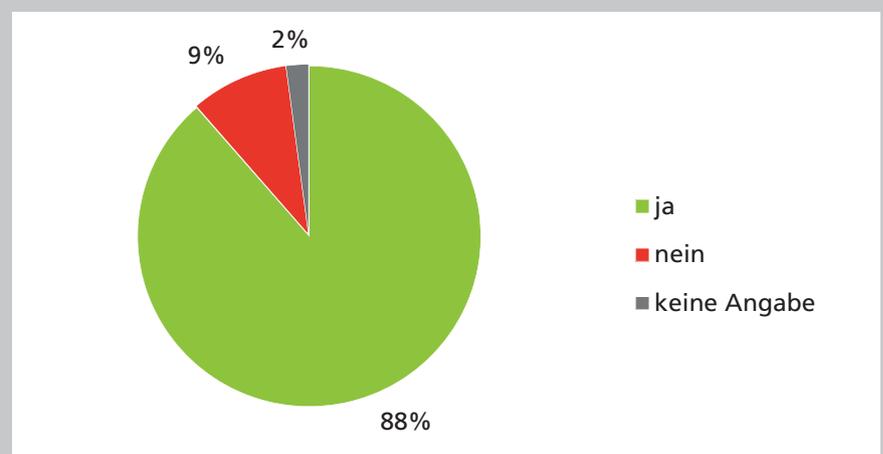
Auch in der Wohnungs- und Haushaltserhebung 2017 war das Wahlverhalten wieder ein Thema. Dieses Mal wurde danach gefragt, ob die Bürgerinnen und Bürger an der Bundestagswahl im September 2017 teilgenommen haben und falls nicht, was die Gründe für die Nichtteilnahme waren.

Von den 3 485 wahlberechtigten Befragten haben 88 Prozent angegeben, dass sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. 322 Befragte und damit neun Prozent haben angegeben, dass sie nicht zur Wahl gegangen sind und zwei Prozent haben die Frage nicht beantwortet.

Dass der Anteil der Befragten, die angegeben haben, dass sie zur Wahl gegangen sind, höher ist als die tatsächliche Wahlbeteiligung, hat verschiedene Gründe. So ist davon auszugehen, dass diejenigen, die sich an einer städtischen Umfrage beteiligen, ein größeres Interesse am Stadtgeschehen, aber auch am politischen Geschehen insgesamt haben, und deshalb auch eher an Wahlen teilnehmen. Ein anderer Effekt ist, dass Befragte dazu neigen, sozial erwünschte Antworten zu geben. Nachdem die Wahlteilnahme allgemein als sozial erwünscht gilt, könnte es sein, dass einige Befragte, die nicht zur Wahl gegangen sind, trotzdem angegeben haben, dass sie gewählt haben.

Als häufigsten Grund für die Nichtteilnahme an der Wahl haben die Befragten genannt, dass sie wegen Arbeit, Krankheit, Urlaub etc. nicht wählen konnten. Dies ist allerdings nur bedingt ein Hinderungsgrund, da grundsätzlich die Möglichkeit besteht, per Briefwahl zu wählen. Ob diese Möglichkeit nicht immer bekannt war oder ob die Wahlteilnahme vielleicht auch nicht so wichtig war, dass man den Aufwand der Briefwahl dafür in Kauf genommen hätte,

Abb. 1: Haben Sie bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 Ihre Stimme abgegeben?

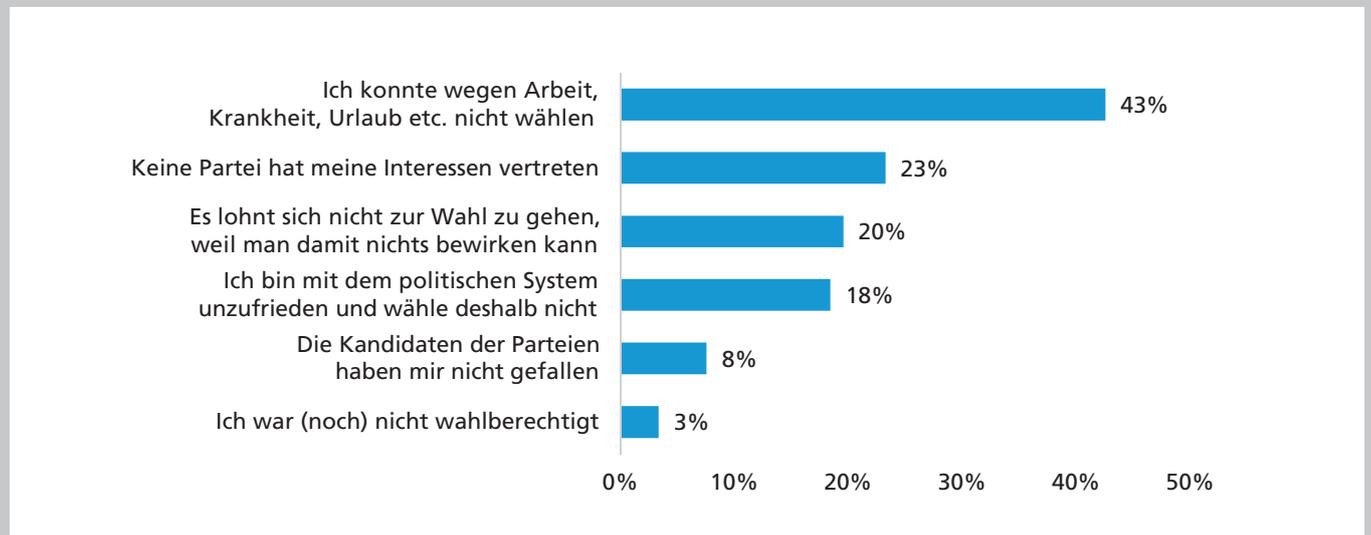


Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth
Basis: Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit (n = 3.485)

Anteil der Antwortvorgabe „Weiß nicht mehr“ nicht ausgewiesen, da unter 1 Prozent
Quelle: Wohnungs- und Haushaltserhebung *Leben in Nürnberg 2017*

lässt sich anhand der Daten nicht sagen. Die Antwort könnte auch eine sozial erwünschte – wenn auch nicht ganz überzeugende – Begründung für die Nichtteilnahme sein. Und selbstverständlich mögen einige auch tatsächlich kurzfristig durch Krankheit oder einen Arbeitseinsatz an der Wahlteilnahme gehindert gewesen sein. Befragte, die angegeben haben, dass sie wegen Arbeit, Krankheit oder Urlaub nicht gewählt haben, nannten – mit Ausnahme von vier Befragten – keine weiteren Gründe.

Abb. 2: Falls Sie bei der Bundestagswahl im September 2017 nicht gewählt haben, nennen Sie uns bitte die Gründe dafür



Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth

Basis: Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit, die angegeben haben, dass sie bei der Bundestagswahl im September 2017 nicht gewählt haben (n = 322)

Quelle: Wohnungs- und Haushaltserhebung *Leben in Nürnberg* 2017

Mit großem Abstand der zweithäufigste Grund für die Nichtteilnahme an der Wahl ist, dass keine Partei die eigenen Interessen vertreten hat, dicht gefolgt von der Aussage, dass es sich nicht lohnt, zur Wahl zugehen, weil man damit nichts bewirken kann, sowie der Unzufriedenheit mit dem politischen System.

Acht Prozent der Nichtwähler haben angegeben, dass ihnen die Kandidaten der Parteien nicht gefallen haben und einige wenige Befragte waren zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht wahlberechtigt.

Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung

Der Anteil der Nichtwähler unter den Befragten ist mit neun Prozent insgesamt sehr gering. Dies trägt dazu bei, dass sich der Anteil der Nichtwähler nur in Bezug auf wenige soziodemografische Merkmale nennenswert unterscheidet.

Ein solches Merkmal ist der Migrationshintergrund. Von den Deutschen ohne Migrationshintergrund haben acht Prozent nicht gewählt, von den Deutschen mit Migrationshintergrund sind es 17 Prozent.

Auch Bildung und Einkommen haben einen Einfluss. Während von den Befragten mit hoher Bildung lediglich sechs Prozent nach eigener Aussage nicht gewählt haben, sind es von denen mit mittlerer Bildung 11 Prozent und von denjenigen mit niedriger Bildung 22 Prozent.

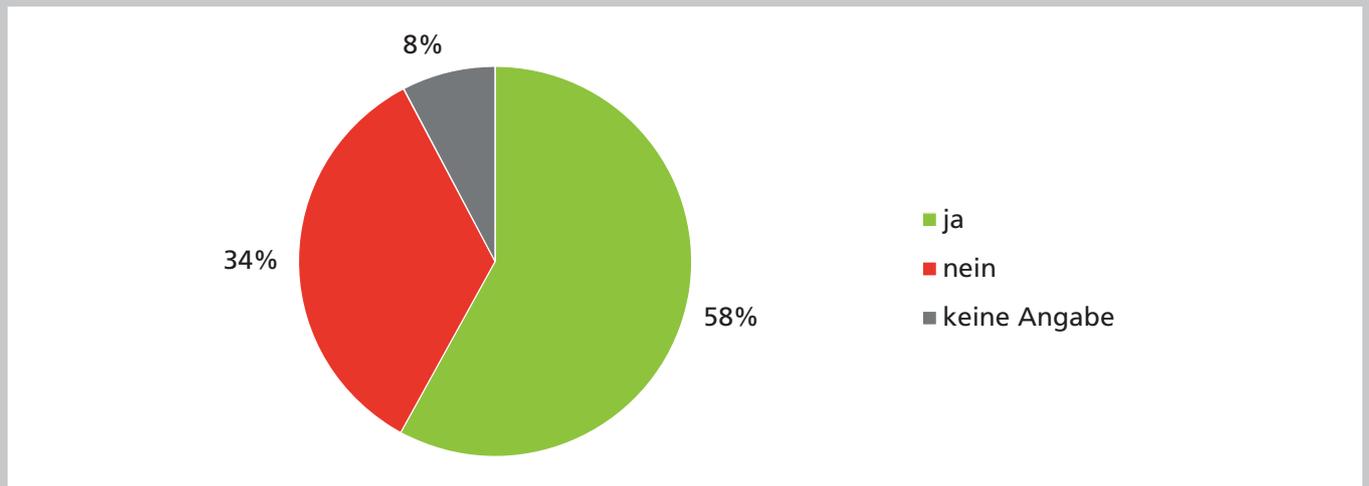
Von den Befragten mit einem hohen Einkommen haben nur zwei Prozent nicht gewählt. Bei denjenigen mit mittlerem Einkommen sind es neun Prozent und bei denjenigen mit niedrigem, armutsgefährdendem Einkommen 20 Prozent.

Die Statistischen Stadtteile mit dem höchsten Anteil an Nichtwählern sind die südwestliche Außenstadt mit 13 Prozent sowie die südöstliche Außenstadt und der weitere Innenstadtgürtel Süd mit jeweils 12 Prozent. In den sozial am stärksten belasteten Innenstadtrandgebieten mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben 15 Prozent der Befragten nicht gewählt. Auch die tatsächliche Wahlbeteiligung ist in den genannten Gebieten unterdurchschnittlich und bestätigt damit die Tendenzen der Befragungsergebnisse¹.

Eine weitere Frage, die mit dem Wahlverhalten in Zusammenhang steht, ist die nach der Parteineigung. 58 Prozent der Befragten neigen einer bestimmten Partei zu, ein Drittel tut dies nicht und acht Prozent haben bei dieser Frage keine Angabe gemacht.

1) Weitere Informationen zur Wahlbeteiligung nach Statistischen Bezirken und Sozialraumtypen enthält der Wahlbericht W204 zur Bundestagswahl 2017 des Amtes für Stadtforschung und Statistik

Abb. 3: Neigen Sie allgemein einer bestimmten Partei zu?

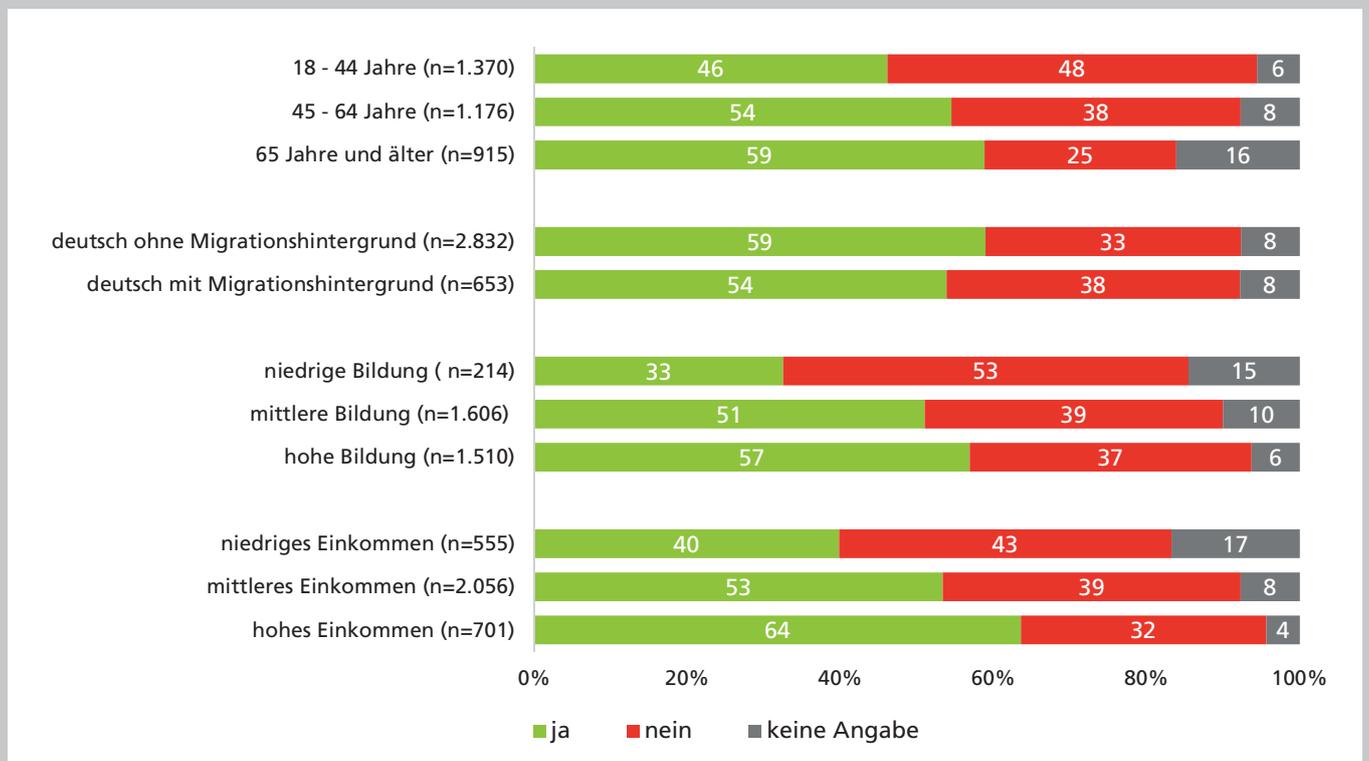


Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth
 Basis: Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit (n = 3.485)
 Quelle: Wohnungs- und Haushaltserhebung *Leben in Nürnberg* 2015

Befragte, die einer Partei zuneigen, gehen häufiger zur Wahl als diejenigen ohne Parteineigung. Nur vier Prozent derjenigen, die einer Partei zuneigen, haben nicht gewählt, während es unter denjenigen, die keiner Partei zuneigen, 17 Prozent waren.

Ob Befragte einer Partei zuneigen, hängt u.a. vom Alter ab. Gerade die Nürnberger Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahren neigen besonders häufig einer Partei zu, während der Anteil in der Gruppe der 18- bis 44-Jährigen am niedrigsten ist. Von ihnen gibt knapp die Hälfte der Befragten an, dass sie keiner bestimmten Partei zuneigen. Bei den 65-Jährigen und Älteren ist es nur ein Viertel. In dieser Altersgruppe haben mit 16 Prozent allerdings auch besonders viele bei dieser Frage keine Angabe gemacht. Befragte im Alter von 45 bis 64 Jahren liegen im Mittelfeld.

Abb. 4: Neigen Sie allgemein einer bestimmten Partei zu? (Angaben in %)



Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth
 Basis: Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit nach soziodemografischen Merkmalen
 Erläuterungen zu den Bildungs- und Einkommensgruppen siehe jeweiliger Infokasten
 Quelle: Wohnungs- und Haushaltserhebung *Leben in Nürnberg* 2017

Deutsche Befragte ohne Migrationshintergrund neigen etwas häufiger als Deutsche mit Migrationshintergrund einer bestimmten Partei zu.

Größer sind die Unterschiede jeweils zwischen den drei Bildungs- und Einkommensgruppen. Von den Befragten mit niedriger Bildung hat nur ein Drittel angegeben, einer Partei zuzuneigen, während es bei denjenigen mit mittlerer Bildung und hoher Bildung jeweils mehr als 50 Prozent sind. Über die Hälfte der Befragten mit niedriger Bildung haben angegeben, keiner Partei zuzuneigen, und 15 Prozent von ihnen haben die Frage zur Parteibindung nicht beantwortet.

Je höher das Einkommen ist, desto höher ist auch die Parteineigung. Von den Befragten mit niedrigem, armutsgefährdendem Einkommen hat ein besonders hoher Anteil keine Angabe zur Parteineigung gemacht.

Fazit

Nürnberggerinnen und Nürnbergger mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen haben besonders häufig nicht an der Bundestagswahl im September 2017 teilgenommen. Damit haben sie die Möglichkeit, eine Partei zu wählen, die ihre Interessen vertritt, nicht genutzt. Allerdings weisen die genannten Gründe für die Nichtteilnahme an der Wahl darauf hin, dass sich ein Teil der Nichtwähler durch keine der angetretenen Parteien in seinen Interessen vertreten fühlt und nicht das Gefühl hat, mit der Stimmabgabe etwas bewirken zu können. Außerdem zeigen die Daten, dass Menschen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen erheblich seltener als andere Bildungs- und Einkommensgruppen einer bestimmten Partei zuneigen.

Einkommen

Die Klassifizierung der Einkommen der Befragten in die Kategorien hohes, mittleres und niedriges Einkommen erfolgt anhand des Äquivalenzeinkommens. Das Äquivalenzeinkommen ist ein bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das ermittelt wird, indem das Haushaltsnettoeinkommen durch die Summe der Bedarfsgewichte der im Haushalt lebenden Personen geteilt wird. Nach EU-Standard wird zur Bedarfsgewichtung die neue OECD-Skala verwendet. Danach wird der ersten erwachsenen Person im Haushalt das Bedarfsgewicht 1 zugeordnet, für die weiteren Haushaltsmitglieder werden Gewichte von < 1 eingesetzt (0,5 für weitere Personen im Alter von 14 und mehr Jahren und 0,3 für jedes Kind im Alter von unter 14 Jahren), weil angenommen wird, dass sich durch gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen. Als hohes Einkommen gilt ein Einkommen von mehr als 150 Prozent, als mittleres Einkommen ein Einkommen in Höhe von 60 bis 150 Prozent und als niedriges Einkommen ein Einkommen unterhalb von 60 Prozent des Medians der Äquivalenzeinkommen aller Befragten. Ein Einkommen unterhalb von 60 Prozent des Medians gilt als armutsgefährdendes Einkommen.

Bildung

Der im Bericht verwendete Bildungsbegriff orientiert sich an der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen „International Standard Classification of Education“ (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird dabei zwischen drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: „hoch“, „mittel“ und „niedrig“. Ein hoher Bildungsstand setzt ein Studium oder einen Fachschulabschluss voraus. Ein mittleres Bildungsniveau erfordert einen Haupt- oder Realschulabschluss und zusätzlich eine Berufsausbildung bzw. einen Berufsfachschulabschluss oder das Abitur (ohne beruflichen Abschluss). Als niedriges Bildungsniveau gilt ein Haupt- oder Realschulabschluss ohne berufliche Ausbildung bzw. gar kein Schul- oder Berufsabschluss.

Wohnungs- und Haushaltserhebung *Leben in Nürnberg 2017* - Studiendesign

Erhebungszeitraum	12. Oktober bis 31. Dezember 2017
Erhebungsmethode	postalische Befragung, 8 seitiger Fragebogen
Grundgesamtheit	Personen mit Hauptwohnsitz in Nürnberg ab 18 Jahren
Stichprobe	10 000 brutto, 9 633 bereinigt (367 = 3,7 % nicht erreichbar), Rücklaufquote N = 4 351 (45,2 %)
Gewichtung	leichte Gewichtung nach Umfragegebiet, Haushaltstyp und Migrationshintergrund
Konfidenzintervalle	Alle hier genannten Ergebnisse unterliegen einem Intervall, welches die Schwankungsbreite bzw. Exaktheit des erhobenen Wertes angibt. Dieses hängt von der Anzahl der Befragten und der Prozentverteilung der Angaben ab. Bezogen auf alle 4 351 Befragten liegt der wahre Wert mit 95 %-Vertrauensniveau im Bereich von bis zu +/- 1,5 %-Punkten um den ermittelten Prozentanteil. Bei einer Fallzahl von 500 (z. B. Haushalte mit zwei Erwachsenen und Kindern) liegt die Schwankungsbreite bei bis zu +/- 4 %-Punkte um den ermittelten Wert.
Umfrageergebnisse	https://www.nuernberg.de/internet/statistik/umfrageergebnisse.html

Impressum

Herausgeber: Stadt Nürnberg, Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth
Unschlittplatz 7a, 90403 Nürnberg, Tel. 0911 231-2843